

Öffentliche Bekanntmachung

Inkrafttreten des Bebauungsplanes und örtliche Bauvorschriften 6. Änderung „Magazin“ in Schliengen

Der Gemeinderat der Gemeinde Schliengen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 21. Februar 2019 den Bebauungsplan 6. Änderung „Magazin“ in Schliengen nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften jeweils als selbständige Satzung beschlossen.

Das Plangebiet befindet sich im Nordwesten von Schliengen und wird begrenzt:

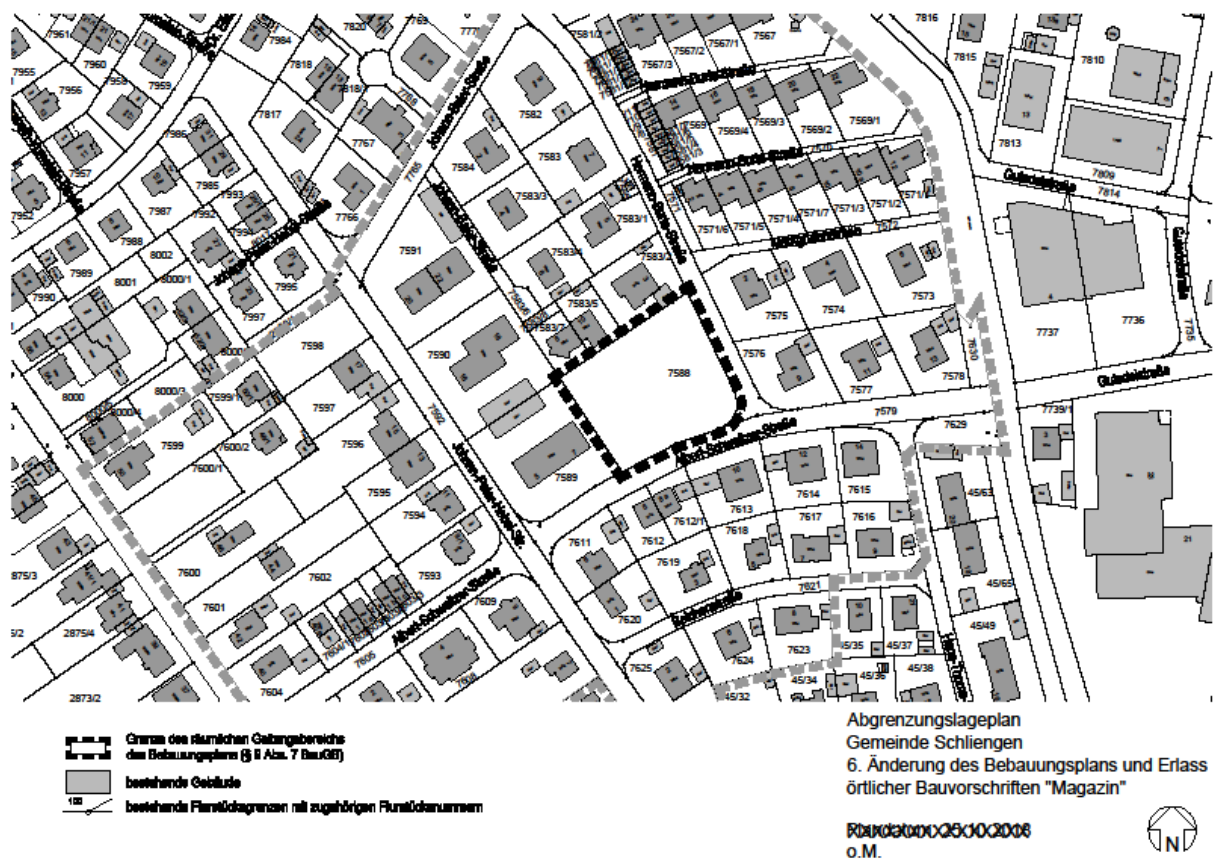
Im Süden: durch die Bebauung Flst. Nr. 7589

Im Norden: durch die Bebauung Flst. Nr. 7575 u. 7576

Im Osten: durch die Albert-Schweitzer-Straße

Im Westen: durch die Bebauung Flst. Nr. 7583/2, 7583/5 u. 7583/7

Es umfasst den umrandeten Bereich im nachstehenden Plan:



Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften 6. Änderung „Magazin“ der Gemarkung Schliengen treten mit dieser Bekanntmachung in Kraft (vgl. § 10 Abs. 3 BauGB).

Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften können einschließlich der Begründung (mit Umweltbeitrag) sowie der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB beim Bürgermeisteramt der Gemeinde Schliengen, Wasserschloss Entenstein, Zimmer 4, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-3 des BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs sowie beachtliche Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Schiengen unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Ein Normenkontrollantrag kann von jedermann, der einen Nachteil durch diese Rechtsvorschriften erlitten hat, innerhalb eines Jahres beim Verwaltungsgerichtshof gestellt werden (§ 47 Abs. 2. Satz 1 Verwaltungsgerichtsordnung).

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch den Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Ist die Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg oder aufgrund der Gemeindeordnung zustande gekommen, so gilt sie gemäß § 4 Abs. 4 GemO ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplanes mit örtlichen Bauvorschriften verletzt worden sind. Zudem gilt dies nicht, wenn die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde schriftlich geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Ist die Verletzung geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf eines Jahres nach Bekanntmachung der Satzung, jedermann diese Verletzung geltend machen.

Schliengen, den 07.03.2019

Werner Bundschuh
Bürgermeister